



Ausführungen zu den vorgelegten Fragen (Prof. Dr. Susanne Elsen – Arbeitsgruppe Nr. 6)

Allgemeine Einführung

Bevor ich das Konzept und die existierenden Ansätze der Gemeinwesenökonomie (Community Economy) erkläre, möchte ich darauf eingehen, warum weltweit dieser Ansatz an Bedeutung gewinnt:

Die Analyse der derzeitigen historisch-politischen Epoche spricht von unserer Zeit als Epoche der Wachstumswende. Die Erkenntnis wächst, dass es auf einem begrenzten Planeten kein grenzenloses Wachstum geben kann (Bericht des Club of Rome: Die Grenzen des Wachstums, Dennis und Donella Meadows 1972). Die derzeit kumulierenden ökonomischen, ökologischen und sozialen Probleme, insbesondere die deutlich werdenden Folgen des Klimawandels, machen die Notwendigkeit einer tiefgreifenden gesellschaftlichen Transformation immer deutlicher (der wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung „Globale Umweltveränderungen“ (WGBU) spricht vom Zeitalter der Großen Transformation: Welt im Wandel. Berlin 2011).

Dabei zeigt sich, dass die für diese Transformation notwendigen Orientierungen, Akteure und Institutionen, insbesondere aber die Wirtschaftsweise nicht die sein können, die zur multiplen Krise mehr beitragen als zu deren Lösung. Eine ökosoziale Transformation erfordert tiefgreifende Veränderungen im Umgang mit materiellen und nichtmateriellen Ressourcen, der persönlichen Lebensführung, der Kultur, Politik und Wissenschaft und sie erfordert eine Einbettung wirtschaftlichen Handelns in die Lebenszusammenhänge.

Die immer deutlicheren Folgen des Marktversagens, der Naturmissachtung und der sozialen Gleichgültigkeit stärken gesellschaftliche Strömungen, die alternative Vorstellungen von Wohlfahrt und einem guten Leben vertreten. Die wachsende Kritik an der Externalisierung sozialer und ökologischer Effekte erklärt das sprunghafte Ansteigen ökosozialer Ökonomien und das Interesse an alternativen Wirtschafts- und Lebenskonzepten, die den sozialen und ökologischen Erfordernissen Rechnung tragen. Sie sind Gegenentwürfe zur industriellen Moderne, die im Glauben an technische Machbarkeit und grenzenloses Wachstum realisiert wurden. Mit den Grenzen des Wachstums ist eine Perspektive der Endlichkeit in den stetigen Fortschritt eingezogen, die dem modernen Denken fremd, ja geradezu ungeheuerlich ist (Leggewie, C./Welzer, H. 2009, S. 10).

Der Horizont des 21. Jahrhunderts ist bestimmt von der Revision der Vorstellungen der industriellen Moderne. Es geht um Antworten auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts: Klimawandel, das Ende der fossilen Energie, wachsende Armut und Arbeitslosigkeit, technologieinduzierte Risiken oder die Erfordernisse der veränderten demographischen Lage. Diese Herausforderungen verlangen einen effektiveren und geringeren Ressourcenverbrauch, die Wiederverwendung materieller Ressourcen, die Rückbesinnung auf kleinere Maßstäbe in Bezug auf organisatorische Einheiten, Re-Lokalisierung und die Adaption sozialer und ökologischer Effekte wirtschaftlicher und technologischer Entwicklungen.

Eine Schlüsselfunktion kommt der Gestaltung der Arbeitswelt im lokal-regionalen Kontext zu. Es geht um neue Formen der Organisation und Verteilung von Erwerbsarbeit sowie die Förderung lokaler Wertschöpfung durch die Verbindung von lokaler Produktion und lokalem Konsum, um die systematische Verknüpfung von Bedürfnissen und Potenzialen, lokal-regionale Netzwerke oder Primär- und Sekundärgenossenschaften zur Sicherung und Bewirtschaftung von Gemeingütern. Und damit sind wir bei der Gemeinwesenökonomie:

1. politische/institutionelle Rahmenbedingungen:

Welche Ziele verfolgt die Gemeinwesenökonomie? Welche Kompetenzen sind notwendig, um Gemeinwesenökonomie umzusetzen? Wie können in einem neuen Autonomiestatut normative Grundsätze verankert werden, die institutionenübergreifend Geltung finden? Macht es aus Ihrer Sicht Sinn Kompetenzen nach gemeinwesenorientierten Gesichtspunkten zusammenzufassen und in welchen Bereichen wäre dies sinnvoll? (z. B. Raumordnung, regionale Landwirtschaft, Marktrecht, Reparaturhandwerk ...).

Gemeinwesenökonomie bezieht sich, wie der Name sagt, auf das Gemeinwesen. Unter diesem Begriff verstehen wir die materiellen und nicht materiellen Grundlagen des Zusammenlebens in einem

Territorium und die Bewirtschaftung dessen was allen dient und den sozialen Zusammenhalt (soziales Kapital) fördert. Der Begriff Gemeinwesen nimmt Bezug auf das so genannte „Gemeine Eigene“, das Gemeinwohl und die Vorstellung, dass Menschen innerhalb einer territorialen Einheit Zugang zu den wesentlichen Grundlagen des Lebens, z. B Wasser, Boden, Luft, Wohnung, eine befriedigende Arbeit, Nahraumversorgung etc. sowie des Zusammenlebens, z.B. Bildung, Sozial- und Gesundheitsdienste, Wissen, demokratische Regeln etc., haben. Die Organisation des Gemeinwesens vollzieht sich, so die Idealvorstellung, in räumlichen Grenzen in denen Menschen aktiv an eigenen und gemeinsamen Belangen mitwirken können.

Gemeinwesenökonomien sind also lokalisierte Formen des Wirtschaftens in unterschiedlichen Kontexten und Organisationsformen, z.B. in Kooperativen, Kleinbetrieben, Subsistenzansätzen, dualwirtschaftlichen Formen, Gemeinschaftsnutzung etc. Wirtschaften wird verstanden in seiner Gesamtheit (oikos) und als ein zentraler Bereich sozialen Handelns. Die (Re-) Lokalisierung dessen, was für die Versorgung der Bevölkerung und die Sicherung der Lebensqualität vor Ort entscheidend sind, ist nach Überzeugung der bekanntesten Vertreter zukunftsorientierter Gesellschaftsentwürfe eine zentrale Voraussetzung nachhaltiger Entwicklung. Der Ökonom Niko Paech geht in seiner Analyse der Postwachstumsgesellschaft davon aus, dass ca. 60 % des gesamten wirtschaftlichen Bereiches in einer zukunftsfähigen Gesellschaft regional, kooperativ und in Kreisläufen strukturiert sein wird.

Der Lokalisierung als dem zentralen Schritt zur Zukunftssicherung stimmen auch bekannte Vertreter der herkömmlichen Wirtschaftswissenschaft wie z.B. der Wirtschaftsnobelpreisträger und ehemalige Chefökonom der Weltbank, Joseph Stiglitz zu. Er, der vor zwei Jahrzehnten Deregulierung und Weltmarktorientierung als Lösungen vertrat, fordert heute die Lokalisierung von bedarfsorientierten Basisökonomien und eine stärkere politische Regulierung der Weltmärkte.

Gemeinwesenökonomie ist also ein Gegenentwurf zur reinen Weltmarkt- und Exportorientierung damit auch zu wirtschaftlichen Mono- und unkontrollierbaren Großstrukturen, die globale Abhängigkeiten und krisenhafte Entwicklungen erzeugen. Sie ist nicht neu, sondern setzt mit neuen Vorzeichen bewusst da an, wo gesellschaftlich eingebundenes Wirtschaften immer verortet war, jedoch durch die Wachstums- und Globalisierungsdynamiken der vergangenen Jahrzehnte geschwächt oder zum Verschwinden gebracht wurde.

Eines der wichtigsten Ziele der Gemeinwesenökonomie ist, wie bereits erwähnt, die stärkere Resilienz und Unabhängigkeit lokaler und regionaler Einheiten von unberechenbaren Weltmarktbedingungen. Konkrete Ansätze der Gemeinwesenökonomie in Südtirol sind z.B. Genossenschaften im Bereich von Handwerk, Landwirtschaft, Nahraumversorgung, Sozial- und Gesundheitswesen, Kreativwirtschaft, lokale Energiegenossenschaften, Netzwerke der Share-Economie, Formen der Direktvermarktung, Gemeinschaftsgärten, generationenübergreifende Solidarsysteme, Co-Working und Co-Housing, Zeitbanken, ethical banking, Gemeinschaftsnutzungen, soziale Landwirtschaft, kooperative Vermarktungssysteme z.B. in der Biolandwirtschaft und vieles mehr.

Gemeinsam ist ihnen eine kooperative und netzwerkartige Organisationsstruktur (hybride Organisationsformen), die direkte Einbindung in das Gemeinwesen und eine Mischung aus Erwerbsarbeit, Eigenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Sie zeichnen sich durch flache oder mangende Hierarchien und demokratische Entscheidungsstrukturen aus. Dies bedeutet auch Verantwortungsteilung und damit, wie zahlreiche Untersuchungen der 1980er – 1990er Jahre zeigen, eine höhere Krisen Resilienz.

Sie entstehen meistens im Kontext zivilgesellschaftlicher Zusammenschlüsse und sind nahe an den Bedürfnissen und Optionen der örtlichen Bevölkerung. Sie folgen alleine deshalb einer anderen Logik als herkömmliche Unternehmen, die nur aufgrund von Gewinnerwartungen gegründet werden. Erwirtschaftete Gewinne werden vielfach reinvestiert bzw. zugunsten des Gemeinwesens verwendet, wie die Energiegenossenschaft Passeiertal zeigt.

Gemeinwesenökonomien reagieren auf konkrete Bedarfslagen oder Möglichkeitsstrukturen und entwickeln maßgeschneiderte lokale Lösungen. Sie eröffnen Möglichkeiten der Wirtschaftskreisläufe (Richard Douthwaite: Short Circuits) und bilden nicht selten Brutkästen für weitere Optionen. So sind

beispielsweise Co-Working Optionen wirksame Startkonditionen für junge Selbständige, in Sozialgenossenschaften können Menschen mit besonderen Bedürfnissen ein hohes Maß an Selbstbestimmung erlangen oder durch kooperative Lobby- und Vermarktungssysteme kann innovativen NischenproduzentInnen der Durchbruch gelingen.

Die Potenziale dieses Sektors sind zur Gestaltung der Zukunft Südtirols noch nicht erschöpft.

Insbesondere zur Sicherung bezahlbaren Wohnraums in den Städten, zur Bewältigung der veränderten Demographie, zur innovativen Gestaltung des Sozialwesens, zur Gewährleistung von Mobilität und Nahraumversorgung im ländlichen Bereich, zur erhaltenden Nutzung und Gestaltung der Natur- und Kulturräume sowie zur Bewirtschaftung der Infrastruktur, sollte auf Gemeinwesenökonomische Ansätze zurück gegriffen werden.

Folgende Aspekte sollten zur Gestaltung eines neuen Autonomiestatuts überdacht werden:

- Die Entfaltung eines Gemeinwesenökonomischen Basissektors setzt voraus, dass die Bereiche, die für die Versorgung und die Lebensqualität der lokalen Bevölkerung entscheidend sind (insbesondere Wohnen), teilweise dem Marktmechanismus, der Privatisierung und der Spekulation entzogen werden. Die geringen noch verfügbaren Nutzungsflächen in den Städten und ihrer unmittelbaren Umgebung muss dringend gegen weitere Zersiedlung geschützt werden.
- Gerade in periphere ländlichen Regionen sollte zu Erhaltung und Schaffung einer Gemeinwesen-orientierten Infrastruktur und Versorgung die Möglichkeit der Cooperative di Comunità unter Einbeziehung relevanter Stakeholder genutzt werden.
- Eine langfristige Perspektive in der Politik, die immer noch stark in Wahlzyklen, „schnellen Erfolgen“ und dem Bedienen von Lobbygruppen denkt und noch immer quantitatives Wachstum verspricht, wäre zugunsten der nachhaltigen Sicherung der natürlichen, kulturellen und sozialen Lebensgrundlagen des Landes zu überdenken. Es geht z.B. um die Erhaltung der einzigartigen Ressourcen Südtirols, bei allen Entscheidungen, die sich auf Landschaftsgestaltung, Biodiversität und Landnutzung auswirken. Das Ausbringen von Gülle bis in hohe Lagen, die Schaffung von Apfelmonokulturen, die Behandlung mit Pestiziden oder die Übernutzung von Böden durch Maisanbau stehen der Zukunft des Landes entgegen.
- Eine Fixierung auf Tourismus und Verwertung der Natur- und Kulturre Ressourcen und der öffentlichen Räume, führt leicht dazu, dass Interessen des Gemeinwesens zweitrangig werden. Es droht aber auch eine Entwicklung, die das, was Touristen an Authentizität in Südtirol suchen, verschwindet, bzw. zum alpinen Disneyland transformiert wird.
- Bei öffentlichen Investitionen sollten die Spielräume der Vergabeordnung ausgeweitete und zugunsten Gemeinwesen-orientierter Aspekte konsequent genutzt werden, um örtlichen Anbietern den Vorzug zu geben. Alle öffentlich geförderten Vorhaben sollten einem öko-sozialen Kriterienkatalog unterzogen werden.

2. wirtschaftliche Rahmenbedingungen:

Welche wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gilt es für Gemeinwesen-orientierte Konzepte zu schaffen (Bürgerhaushalt, regionale Währung, Vorbild 5/1000 für einen Gemeindehaushalt 20 %?, Kurabgabe als selbstverwaltetes Kulturbudget, soziales Stundenkonto, wären Negativkriterien in öffentlichen Finanzen für Öl, Waffen, etc. sinnvoll, um Geldmittel für Gemeinwesen orientierte Projekte zu lukrieren?

- Die besonderen Effekte und die spezielle Logik der Gemeinwesenökonomie muss zunächst mal verstanden werden um nicht in Konflikten um „Wettbewerbsverzerrung“ und ähnlichen Missverständnissen zu erstarren. Gemeinwesenökonomien bemessen sich nicht nach rein

einzelbetriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten, sondern nach gesamtgesellschaftlichen Gesichtspunkten, die sie benennen und nachweisen müssen.

- Soll ein lebendiges Gemeinwesen entstehen, welches auch eigenständige Lösungsvorschläge macht bzw. diese realisiert, dann bedarf es nicht nur aber auch, eigenständig durch die Bürgerinnen und Bürger zu nutzende wirtschaftliche Mittel. Es gibt seit vielen Jahren Beispiele die zeigen, welcher Mehrwert durch Bürgerhaushalte und die konsequente Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern erzielt werden kann. Seit den 1980 Jahren machen zahlreiche Städte und Gemeinden Erfahrungen mit dem Instrument Bürgerhaushalt als demokratisches Entscheidungsinstrument über zumindest einen Teil der frei verfügbaren Mittel ihrer Kommune. Das fördert Transparenz, verhindert Korruption und erhöht die Akzeptanz der Entscheidungen, die von einer breiten Basis der Bevölkerung verhandelt und empfohlen wird. Diese Aushandlungsprozesse sind wertvolle Instrumente der demokratischen Bildung. Sie ermöglichen mitunter auch bessere Lösungen, die ohne die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern nicht zustande gekommen wären.
- Die Höhe des monetären Anreizes zur Förderung Gemeinwesen orientierter Aktivitäten ist mitunter nicht entscheidend. Zentral ist in vielen Fällen die damit verbundene Aufforderung zum Tun. Es macht z.B. Sinn, Vereinen oder Initiativen Projektgeld für konkrete kleinere Vorhaben zu geben um Innovationen in Gang zu setzen und zu zeigen, dass Bürgerengagement gewünscht ist. Ein Beispiel ist das deutsche „LOS“ (lokales Kapital für soziale Projekte).

3. gesellschaftliche Rahmenbedingungen:

Eine funktionierende Gemeinwesenökonomie braucht engagierte Bürger aus der Zivilgesellschaft. Nur durch Selbstbemächtigung, Selbstbefähigung, Hilfe zur Selbsthilfe, Subsidiarität, Selbst- und Mitbestimmung der BürgerInnen kann diese verwirklicht werden. Welche Maßnahmen können dazu dienen BürgerInnen im Bereich der Gemeinwesenökonomie zu fordern und zu fördern? Wie können gesellschaftliche Forderungen nach hochwertiger sozialer und gesundheitlicher Versorgung in das Prinzip der Gemeinwesenökonomie integriert werden?

- Nicht erst seit „Stuttgart 21“, dem Benco-Projekt oder der Brixener Seilbahn wird deutlich, dass Bürgerinnen und Bürger insbesondere bei Großprojekten das Entscheidungsfeld nicht mehr der gewählten Politik und einzelnen Interessengruppen überlassen. Die Entstehungs- und Folgekosten solcher Vorhaben werden intensiv und kontrovers diskutiert. Dahinter steht die Erkenntnis der BürgerInnen, dass solche Vorhaben oft Leitbildern längst vergangener Zukünfte entsprechen. Wenn BürgerInnen in die wirklich offenen Entscheidungen über Großprojekte nicht einbezogen werden, zeigt sich heute eine kompetente (widerständige) und engagierte Zivilgesellschaft, die „Basta-Entscheidungen“ nicht mehr akzeptiert. Dies hat auch eine Studie des deutschen Architektentages vor ca. drei Jahren nachgewiesen.
- Das sicherlich interessanteste Referenz-Beispiel für Südtirol, ist das der Bürgergemeinde Weyarn am Irschenberg, welches vor mehr als 25 Jahren initiiert wurde. Die langjährigen Erfahrungen und die Lernschritte aller Beteiligten, insbesondere in Politik und Verwaltung, sind sehr gut dokumentiert und reflektiert und es wäre zu empfehlen, den langjährigen Bürgermeister Michael Pelzer zu einer Beratung nach Südtirol einzuladen.
- Gerade im Sozial- und Gesundheitswesen sind innovative und partizipative Ansätze notwendig und möglich, die den Prinzipien der Subsidiarität und Selbsthilfe entsprechen. Südtiroler Menschen mit besonderen Bedürfnissen äußern klar, dass sie keine Betreuung, sondern Begleitung wünschen. Stationäre Einrichtungen der Altenpflege sind wichtig, doch sie sind weder gesellschaftlich bezahlbar noch von den meisten älteren Menschen als Lebensform erwünscht.

- Zu empfehlen sind Workshops in den Gemeinwesen, um das Bewusstsein für die veränderte Demographie und die damit verbundenen Herausforderungen aber auch positiven Möglichkeiten zu diskutieren (ich stehe gerne zur Verfügung). Das Gebiet Zürich Oberland ist vor Jahre diesen Weg gegangen und hat in Partizipationsprozessen sehr spezifische Lösungen für die verschiedenen Gegebenheiten entwickelt. In Südtirol befassen sich die Stadt Klausen und das Villnößtal seit geraumer Zeit mit diesen Fragen.

4. Bedingungsloses Grundeinkommen oder Mindestsicherung als wirtschaftliche Grundlage zu sozialer Teilhabe? Welche Voraussetzungen brauchen Gesellschaften, die ein bedingungsloses Grundeinkommen einführen wollen? Kann ein bedingtes Grundeinkommen (für Mütter, Studenten; Auszubildende etc., Alternative zu Pensionssystem) eine Übergangslösung darstellen? Wie würde die Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens das Gemeinwesen und die Arbeitswelt verändern?

- Seit mehr als 30 Jahren haben wir Diskussionen um die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Es ist wichtig, diese Diskussion in den Kontext des Strukturwandels der Arbeitsgesellschaft zu stellen. Dazu gehört auch die Auseinandersetzung mit einem umfassenden Arbeitsbegriff, der die ganze Arbeit und nicht nur die marktvermittelte Erwerbsarbeit umfasst. Die Gesamtheit der gesellschaftlich notwendigen und sinnvollen Arbeit (Familienarbeit, Subsistenzwirtschaft, Bürgerschaftliches Engagement, Bildungsarbeit, soziale Experimente.) muss also in diese Diskussion einbezogen werden. Dann wird klar, dass das bedingungslose Grundeinkommen nicht nur der Abfederung der zunehmend brüchig werdenden Erwerbsarbeitsverläufe, sondern der Erschließung all der Tätigkeiten und Potenziale dient, die in unseren Gesellschaften zu kurz kommen. Der Gesellschaftsphilosoph André Gorz spricht in diesem Zusammenhang von der multiaktiven Tätigkeitsgesellschaft, die durch ein bedingungsloses Grundeinkommen ermöglicht wird. Dies ist auch die Basis anderer Protagonisten dieses Ansatzes, z.B. Götz Werner, Großunternehmer und Vertreter des bedingungslosen Grundeinkommens, der darin die Voraussetzung der Befreiung von Menschen für kreative und notwendige gesellschaftliche Neuorientierungen und für die Entfaltung von Unternehmergeist (Entrepreneurship) sieht. Zentral ist das Klima der Normalität, welches mit diesem Anspruch verbunden wäre, denn alle Sozialhilfeleistungen implizieren subtile Entwertungsmechanismen die einer Emanzipation und Selbstbestimmung entgegenstehen.
- Erste mögliche Umsetzungsschritte bestehen in bedingten Formen des Grundeinkommens für die oben genannten Gruppen. Auch das österreichische Instrument der Bildungskarenz ist ein realisierbarer Schritt, der Menschen erlaubt, sich neu aufzustellen. Darüber hinaus sind Überlegungen zum Lebensarbeitszeitmodell ein Schritt in die richtige Richtung.

5. Was sind die Herausforderungen der Sozial-, Arbeitspolitik der Zukunft und Bewältigung der veränderten Demografie? Welche politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen und Kompetenzen sind notwendig um leistbares Wohnen zu garantieren? Sollte Wohnen als Grundwert in der Präambel des Autonomiestatuts verankert werden? Der begrenzte Wohnraum stellt nördliche und südliche Nachbarn vor ähnliche Problemstellungen. Könnte die Euregio Tirol mit Kompetenz Immobiliensteuern, Bau- und Mietrecht, Leerstandsabgabe oder Spekulationsverbot im Immobiliensegment u. ä. aus Ihrer Sicht eine geeignete politische Körperschaft in diesem Bereich darstellen?

- Südtirol hatte sich mit seiner offenen Plattform „Cultura Socialis“ eine Möglichkeit der ständigen Innovation im Bereich der Kultur des Sozialen geschaffen. Diese Initiative sollte mit neuen Vorzeichen und als Diskussionsplattform wieder entstehen.



- Im Sozial- und Gesundheitswesen sollten die außergewöhnlichen Möglichkeiten des Südtiroler Genossenschaftswesens genutzt werden. Sie können wirkliche Subsidiarität gewährleisten und neue Mischungen von Erwerbsarbeit und bürgerschaftlichem Engagement bieten. Um jedoch einen Mehrwert zu erzielen, Mitnahmeeffekte und Verdrängungswettbewerb zu verhindern, sollte eine unabhängige, an klaren Qualitätskriterien orientierte Kontrolle und auf Anbieter- übergreifende Netzwerke geachtet werden. Alle Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens müssen eine jährliche Berichterstattung auf der Basis zu definierender Kriterien leisten.
- Bezahlbarer Wohnraum sollte als Grundwert verankert werden. Dazu müssen Instrumente wie Spekulationsverbot, Leerstands- und Fehlbelegabgaben, projektbezogene Wohnbauförderung und insbesondere genossenschaftliche Wohnmodelle geprüft werden.
- Zur Sicherung von bezahlbarem Wohnraum in den Städten bedarf es der Einführung von Wohnungsgenossenschaften mit ungeteiltem Eigentum. Wohnungsgenossenschaften dieses Typs gewährleisten die soziale Durchmischung der Städte, erhalten bezahlbaren Wohnraum und sind, wie zahlreiche deutsche Studien zeigen, Garanten einer sozialen Stadtentwicklung.
- Der Aufbau von Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben im Alter nach dem Beispiel des „Bielefelder Modells“ oder des Münchener Ansatzes „Wohnen im Viertel“, lässt sich nur Gemeinwesen-basiert realisieren. Es geht um Barrierefreiheit im Wohn- und Wohnumfeldbereich, um genossenschaftliche Wohnungen, um haushaltsnahe und personenbezogene Dienstleistungen im Gemeinwesen, um soziale und kulturelle Einbindung, um Nahraumversorgung, einen Pflegestützpunkt und ggf. Pflegewohnungen, (diese durchaus vergleichbar mit dem Sterzinger Modell). Diese Ansätze basieren auf einem guten Zusammenspiel zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen Kräften sowie pflegender Angehöriger und sie sind netzwerkartig und sozialräumlich organisiert und im Lebensalltag verankert.
- Ebenfalls als Antworten auf die Herausforderungen der alternden Gesellschaft sind Zeitbanken (Südtirol hat bereits 17!) in Verbindung mit Seniorengenossenschaften zu betrachten. Im Gegensatz zu herkömmlichem freiwilligem Engagement, schaffen zeitbasierte Systeme neue Formen der Reziprozität und die Beteiligten arbeiten im Sinne des Bürgerschaftlichen Engagements an einer eigenen und gleichzeitig gemeinsamen Sache. Auch zu diesem Ansatz gibt es langjährige, reflektierte Erfahrungen.
- Die Frage der sozialkulturellen und insbesondere der sozialökonomischen Integration von Migranten muss zu einem zentralen gesellschaftspolitischen Thema gemacht werden. Gerade für solche Ansätze der Integration eignen sich Formen der Gemeinwesenökonomie in denen berufliches und soziales Lernen mit Arbeitsintegration verbunden wird.
- Als Möglichkeit der Entwicklung innovativer Arbeitsplätze sollten Co-Working-Spaces gefördert werden. In den Gemeinden sollten Optionen der Eigenarbeit (z.B. Gemeinschaftsgärten, Reparaturcafés, Zeitbanken etc.) und der informellen Nachbarschaftshilfe (insbesondere im intergenerativen Kontext), Gemeinschaftsnutzung und Share Economy gefördert werden.

Considerazioni sulle domande poste (prof.ssa dott.ssa Susanne Elsen - gruppo di lavoro n. 6)

Introduzione generale

Prima di spiegare il concetto e gli approcci dell'economia sociale (Community Economy), vorrei approfondire il motivo per cui questo approccio a livello mondiale continui a guadagnare significato.

L'analisi dell'attuale periodo storico e politico definisce questa come la fase della svolta nella crescita. Aumenta la consapevolezza intorno al fatto che un pianeta finito non può generare una crescita infinita (Rapporto del Club of Rome: I confini della crescita, Dennis e Donella Meadows 1972). I problemi economici, ecologici e sociali che si stanno accumulando, e in particolare le ormai evidenti conseguenze dei cambiamenti climatici, rendono sempre più chiara l'esigenza di una profonda trasformazione sociale (il comitato scientifico del governo tedesco sui cambiamenti ambientali globali (WGBU) la descrive come l'epoca della grande trasformazione: il mondo che cambia - "Zeitalter der Großen Transformation: Welt im Wandel", Berlino 2011).

Risulta che gli orientamenti, i soggetti e le istituzioni, ma soprattutto il modo di fare economia, che questa trasformazione esige, non possono essere gli stessi che alimentano le crisi multiple invece che porvi rimedio. Una trasformazione ecologica e sociale richiede profondi cambiamenti nell'utilizzo delle risorse materiali e immateriali, nello stile di vita personale, nella cultura, nella politica e nelle scienze e necessita che l'azione economica sia radicata nei vari contesti della vita.

Le sempre più evidenti conseguenze del fallimento dei mercati, del mancato rispetto della natura e dell'indifferenza sociale rafforzano le tendenze sociali che rappresentano concezioni alternative del benessere e di una vita degna. Le crescenti critiche rispetto all'esternalizzazione degli effetti sociali e ambientali spiegano l'improvviso aumento delle economie eco-sociali e l'interesse per concezioni economiche e di vita alternative che tengano conto delle esigenze sociali ed ecologiche. Si tratta di contro-proposte a un'industrializzazione realizzata con piena fiducia nella tecnica e nella crescita illimitata. I limiti della crescita hanno conferito al costante progresso una prospettiva finita, un'idea estranea e quasi mostruosa per il pensiero moderno (Leggewie, C./Welzer, H. 2009, pag. 10).

L'orizzonte del 21mo secolo sarà determinato dalla revisione del pensiero che ha caratterizzato l'industrializzazione. Si tratta di fornire risposte alle sfide del 21mo secolo: i cambiamenti climatici, l'esaurirsi delle energie fossili, la povertà e la disoccupazione crescenti, i rischi indotti dalle tecnologie o le esigenze in relazione alla mutata situazione demografica. Queste sfide richiedono un minore e più efficiente utilizzo delle risorse, il riciclo delle risorse materiali, il ritorno a dimensioni di piccola scala per quanto riguarda le unità organizzative, la ri-localizzazione e l'adattamento degli effetti sociali ed ecologici degli sviluppi economici e tecnologici.

Una funzione chiave viene conferita alla gestione del mondo del lavoro nei contesti locali e regionali. Si tratta di nuove forme organizzative e di distribuzione del lavoro retribuito nonché della promozione del valore aggiunto locale attraverso la combinazione di produzioni e consumi locali, del collegamento sistematico tra bisogni e potenzialità, delle reti locali e regionali o delle cooperative primarie e secondarie per la salvaguardia e la gestione di beni comuni. E con questo siamo giunti al tema dell'economia sociale:

1. Contesto politico e istituzionale

Quali sono gli obiettivi dell'economia sociale? Quali competenze sono necessarie per realizzare un'economia sociale? In quale modo è possibile ancorare principi di diritto applicabili a livello sovraistituzionale in un nuovo Statuto di autonomia? A Suo parere ha senso aggregare delle competenze in base ad aspetti orientati socialmente e in quali settori? (ad. es. urbanistica, agricoltura regionale, diritto a tenere mercato, artigianato delle riparazioni...)

L'economia sociale fa riferimento alla comunità. Con questo termine si definiscono le basi materiali e immateriali per la convivenza in un territorio e l'amministrazione di ciò che serve a tutti e che favorisce la coesione sociale (capitale sociale). L'economia sociale si riferisce alla cd. proprietà comune, il bene comune e l'idea che le persone che sono parte di un'unità territoriale abbiano accesso ai beni fondamentali per la vita (ad esempio l'acqua, il suolo, l'aria, la casa, un lavoro soddisfacente, servizi di prossimità,

ecc.) e per la convivenza (ad esempio l'educazione, i servizi sociali e sanitari, la conoscenza, le regole democratiche, ecc.) Secondo una concezione ideale, l'organizzazione della comunità si compie all'interno di confini geografici dove le persone possono attivamente occuparsi delle questioni proprie e comuni.

Quindi, le economie sociali sono forme di economie collocate in contesti e svolte in diverse forme organizzative quali cooperative, piccole imprese, approcci di sussistenza, forme economiche duali, utilizzi collettivi, ecc. Le attività economiche vengono intese nel loro complesso (oikos) e quale settore centrale per l'azione sociale. A parere dei più noti rappresentanti delle concezioni di società orientate al futuro, rilocalizzare ciò che è decisivo per soddisfare i bisogni della popolazione e per garantire localmente la qualità della vita è una premessa centrale per uno sviluppo sostenibile. Nella sua analisi della società post crescita, l'economista Niko Paech muove dal presupposto che in una società futuribile circa il 60% dell'economia sarà strutturato regionalmente, cooperativamente e nell'ambito di circuiti.

Anche noti rappresentanti delle scienze economiche tradizionali, quali ad esempio il premio Nobel per l'economia ed ex capo economista della Banca Mondiale Joseph Stiglitz, si esprimono in favore della localizzazione quale passo centrale per il futuro. Stiglitz, che come soluzione due decenni fa sosteneva la deregolamentazione e l'orientamento al mercato mondiale, oggi invoca la localizzazione delle economie di base orientate a soddisfare i bisogni e una maggiore regolamentazione dei mercati mondiali

Quindi, l'economia sociale è una contro-proposta rispetto a un'economia orientata solamente ai mercati mondiali e alle esportazioni, e con essa anche alle grandi strutture economiche monocontrollate e incontrollabili che provocano dipendenze globali e sviluppi critici. Non si tratta di una novità, ma prende le mosse, con delle nuove premesse, dalle economie fondate sul sociale che tuttavia sono state indebolite, se non completamente spazzate via, dalle dinamiche della crescita e della globalizzazione che abbiamo visto negli ultimi decenni.

Come già accennato, uno dei più importanti obiettivi dell'economia sociale è la maggiore resilienza e indipendenza delle entità locali e regionali rispetto alle condizioni imprevedibili del mercato mondiale. In Alto Adige, gli approcci concreti all'economia sociale sono rappresentati dalle cooperative in settori quali l'artigianato, l'agricoltura, i servizi di prossimità, il settore sanitario e sociale, l'economia creativa, le cooperative locali nel settore energetico, le reti della Share-Economy, le forme di vendita diretta, gli orti comuni, i sistemi di solidarietà intergenerazionali, il Co-Working e Co-Housing, le banche del tempo, le banche etiche, gli utilizzi comuni di beni, servizi e spazi, l'agricoltura sociale, i sistemi di commercializzazione cooperativi, ad es. nell'agricoltura biologica, e molto altro.

Esse hanno in comune la struttura cooperativa e a rete dell'organizzazione (forme organizzative ibride), il coinvolgimento diretto nella comunità e un mix tra occupazione retribuita, lavoro autonomo e impegno civile. Sono caratterizzate dalla totale assenza o dall'appiattimento delle gerarchie e da strutture decisionali democratiche. Ciò significa anche la condivisione delle responsabilità e, come mostrano numerose indagini degli anni '80-'90, una maggiore resilienza rispetto alle crisi.

Nascono per lo più nel contesto dei gruppi della società civile e sono vicine alle esigenze e alle scelte della popolazione locale. Seguono un'altra logica rispetto alle imprese convenzionali, che vengono fondate solo sulla base di aspettative di guadagno. I profitti vengono spesso reinvestiti ovvero impiegati in favore del bene collettivo, come mostra la cooperativa energetica della val passiria (EUM).

Le economie sociali reagiscono a situazioni di bisogno o possibilità concrete e sviluppano soluzioni locali "su misura". Aprono la strada a circuiti economici (Richard Douthwaite: Short Circuits) e spesso sono gli incubatori di ulteriori opzioni. Così, ad esempio, le opzioni di Co-Working rappresentano delle condizioni di partenza efficaci per giovani imprenditori, nelle cooperative sociali le persone con esigenze particolari conseguono un alto livello di autonomia o attraverso sistemi di lobbying e di marketing cooperativo le produttrici e i produttori di nicchia possono conseguire il successo.

Il potenziale di questo settore per la gestione del futuro dell'Alto Adige non è ancora sfruttato appieno.



In particolare, sarebbe opportuno ricorrere agli approcci dell'economia sociale per garantire alloggi a prezzi accessibili, affrontare il cambiamento demografico, una gestione innovativa del settore sociale, assicurare la mobilità e servizi di prossimità nelle aree rurali, un uso e una gestione conservativi degli spazi naturali e culturali così come per la gestione delle infrastrutture.

Per l'elaborazione di un nuovo Statuto di autonomia dovrebbero venire riconsiderati gli aspetti seguenti:

- Lo sviluppo di un'economia sociale di base presuppone che alcuni settori decisivi per la sussistenza e la qualità della vita della popolazione locale (in particolare la casa) vengano parzialmente sottratti ai meccanismi del mercato, alle privatizzazioni e alla speculazione. Le scarse aree ancora disponibili nelle città e nelle zone limitrofe devono essere urgentemente protette da un'ulteriore cementificazione.
- Proprio nelle regioni rurali periferiche, per la creazione e la conservazione di infrastrutture e servizi orientati al sociale andrebbe sfruttata la possibilità delle cooperative di comunità, coinvolgendo le parti interessate.
- Bisognerebbe anche superare le politiche sempre fortemente improntate ai cicli elettorali e ai successi di breve termine e al servizio delle lobby, e che continuano a promettere una crescita quantitativa, sostituendole con prospettive di lungo termine e finalizzate a garantire sostenibilmente i beni naturali, culturali e sociali del territorio. Si tratta, ad esempio, di conservare le straordinarie risorse dell'Alto Adige quando si tratta prendere decisioni che si ripercuotono sul paesaggio, sulla biodiversità e sullo sfruttamento del territorio. Lo spargimento dei liquami fin ad alte quote, le monoculture di mele, i trattamenti con pesticidi e lo sfruttamento eccessivo del suolo con le colture di mais contrastano il futuro del territorio.
- La fissazione sul turismo e lo sfruttamento delle risorse naturali, culturali e degli spazi pubblici possono mettere facilmente in secondo piano gli interessi della collettività. Vi è altresì la minaccia di uno sviluppo che porti a scomparire l'autenticità che i turisti ricercano in Alto Adige, ovvero lo trasformino in una Disneyland alpina.
- Negli investimenti pubblici andrebbero ampliate le possibilità nell'ambito della disciplina degli appalti e sfruttate coerentemente in favore degli aspetti collettivi con il fine di dare la precedenza ai fornitori locali. Tutti i progetti finanziati pubblicamente dovrebbero essere sottoposti a criteri eco-sociali.

2. Contesto economico:

Quali condizioni economiche sono necessarie per la creazione di concetti orientati socialmente (bilancio partecipativo, valuta regionale, modello 5/1000 per un bilancio comunale 20%, tassa di soggiorno per un bilancio autonomo nel settore della cultura, conto ore sociale). L'introduzione di criteri negativi nella finanza pubblica relativamente a petrolio, armi, ecc. sarebbe utile al fine di raccogliere fondi per i progetti orientati al sociale?

- I particolari effetti e la speciale logica dell'economia sociale devono innanzitutto essere compresi per non finire in conflitto per "distorsione di mercato" e simili malintesi. Le economie sociali non vengono misurate in base ad aspetti puramente economico-commerciali, bensì da un punto di vista collettivo che esse devono denominare e comprovare.
- Laddove sorge una comunità viva che proponga e realizzi soluzioni autonome, esso necessita non solo, ma anche, dei mezzi economici utilizzabili autonomamente dalle cittadine e dai cittadini. Da molti anni vi sono esempi che mostrano come si possa conseguire un valore aggiunto attraverso i bilanci partecipativi e la presenza attiva delle cittadine e dei cittadini. Dal 1980, diverse città e comuni stanno sperimentando il bilancio partecipato quale strumento di decisione democratico almeno per quanto riguarda una parte delle risorse disponibili della comunità, e questo promuove la trasparenza,

impedisce la corruzione e aumenta l'accettazione delle decisioni che vengono negoziate e raccomandate da un'ampia base della popolazione. Questi processi di negoziazione sono preziosi strumenti della costruzione democratica. Tra l'altro, consentono soluzioni migliori che non sarebbero state create senza la partecipazione delle cittadine e dei cittadini.

- L'ammontare dei mezzi finanziari per la promozione di attività orientate al sociale non è tra l'altro decisivo. Ciò che è centrale è lo stimolo ad agire. Ad esempio, ha senso dare dei soldi per progetti di piccola entità ad associazioni o iniziative al fine di avviare innovazioni e dimostrare che si desidera un impegno civico. Un esempio è rappresentato dal LOS tedesco (acronimo per capitale locale per progetti sociali).

3. Contesto sociale:

Un'economia sociale funzionante necessita dell'impegno dei cittadini. Ciò è possibile solo attraverso lo sviluppo e la padronanza di sé, l'aiuto all'auto-aiuto, la sussidiarietà, l'auto- e la code-terminazione delle cittadine e dei cittadini. Quali misure possono essere utili per sollecitare e promuovere l'impegno dei cittadini nell'economia sociale? Le rivendicazioni sociali circa un'alta qualità dell'assistenza sociale e sanitaria come possono venire integrate nel principio dell'economia sociale?

- Non è solo a partire da "Stuttgart 21", dal progetto Benko o dalla funivia di Bressanone che si è evidenziato che le cittadine e i cittadini non lasciano più decidere i politici eletti e i singoli gruppi di interesse in merito ai grandi progetti. I costi di realizzazione e quelli successivi di simili iniziative vengono discussi in modo intenso e controverso. Questo, perché le cittadine e i cittadini hanno scoperto che tali progetti spesso fanno parte di piani appartenenti a un futuro assai remoto. Se le cittadine e i cittadini non vengono coinvolti nelle decisioni relative ai grandi progetti, oggi emerge una società civile competente (oppositiva) e impegnata che non accetta più le "decisioni-basta". Ciò è dimostrato anche da uno studio della giornata tedesca degli architetti di circa tre anni fa.
- L'esempio di riferimento sicuramente più interessante per l'Alto Adige è rappresentato dal progetto del comune di Weyarn/Irschenberg avviato circa 25 anni fa. Le esperienze pluriennali e l'apprendimento di tutti i soggetti coinvolti, in particolare della politica e dell'amministrazione, sono molto ben documentati e sarebbe raccomandabile invitare in Alto Adige il sindaco Michael Pelzer.
- Proprio nel settore sociale e in quello sanitario sono necessari e possibili approcci innovativi e partecipativi che corrispondono ai principi della sussidiarietà e dell'auto-aiuto. I cittadini altoatesini con esigenze particolari manifestano chiaramente di non aver bisogno di assistenza bensì di essere accompagnati. Le strutture residenziali per la cura degli anziani sono importanti, ma non sono né finanziabili socialmente, né desiderate dalla maggioranza degli anziani come stile di vita.
- Sono da raccomandare seminari nelle comunità al fine di discutere la consapevolezza sul cambiamento demografico e le relative sfide, ma anche le possibilità positive (sono volentieri a disposizione). L'area dell'Oberland Zurighese ha intrapreso questo cammino anni fa sviluppando soluzioni specifiche per le diverse situazioni nell'ambito dei processi partecipativi. In Alto Adige la città di Chiusa e la Val di Funes si stanno da tempo occupando di tali questioni.

4. Reddito di base incondizionato o minimo garantito quale base economica per la partecipazione sociale? Di quali condizioni necessitano le società che vogliono introdurre il reddito di base incondizionato? Può un reddito di base condizionato (per le madri, gli studenti, i tirocinanti, ecc., come alternativa al sistema pensionistico) rappresentare una soluzione temporanea? In che modo l'introduzione di un reddito di base incondizionato influenzerebbe la società e il mondo del lavoro?

- Il dibattito sul reddito di base incondizionato esiste da più di trent'anni. È importante collocare questa discussione nel contesto del cambiamento strutturale della società del lavoro. Bisogna anche affrontare un concetto più complessivo di lavoro che lo comprenda tutto invece che considerare solo quello retribuito e mediato dal mercato. Il lavoro necessario e opportuno socialmente nel suo complesso (lavoro familiare, economia di sussistenza, impegno civile, lavoro educativo, esperimenti sociali) deve quindi far parte del dibattito. Così si chiarisce che il reddito di base incondizionato non serve solo a mitigare le conseguenze della progressiva crisi dei processi lavorativi, ma anche a valorizzare tutte quelle attività e tutti quei potenziali che nelle nostre società vengono trascurati. A questo riguardo, il filosofo sociale André Gorz parla di una società dell'attivismo multifunzione, che viene resa possibile dal reddito di base incondizionato. Si tratta dello stesso concetto di base di altri protagonisti di questo approccio, ad esempio di Götz Werner, un grande imprenditore e sostenitore del reddito di base incondizionato, il quale vi vede il presupposto per liberare le persone di modo che possano sviluppare nuovi orientamenti sociali creativi e necessari e la loro imprenditorialità. È centrale che tutto ciò avvenga in un clima di normalità, poiché tutte le prestazioni sociali implicano meccanismi di svalutazione che contrastano con l'emancipazione e l'autodeterminazione.
- I primi passi possibili in questa direzione sono le forme di reddito di base condizionato per i gruppi succitati. Anche lo strumento austriaco del congedo per lo studio è una via praticabile che consente alle persone di ricollocarsi. Inoltre, un altro passo nella giusta direzione è costituito da una riflessione sul modello del lavoro a vita.

5. Quali sono le sfide per le future politiche del lavoro e sociali? Quali misure e competenze politiche ed economiche sono necessarie per garantire alloggi a prezzi accessibili? Il diritto alla casa dovrebbe essere ancorato come valore fondamentale nel preambolo dello Statuto di Autonomia? Lo spazio abitativo limitato pone i vicini al nord e al sud di fronte a problematiche simili. In quest'ottica, un'Euroregione del Tirolo con competenza su imposte immobiliari, diritto edile e delle locazioni, imposta su case sfitte o divieto di speculazione nel settore immobiliare, potrebbe a Suo parere rappresentare un'entità politica adeguata in questo settore?

- Con la piattaforma aperta "Cultura Socialis", l'Alto Adige si era già dotato di una possibilità di innovazione permanente nel settore della cultura del sociale. Tale iniziativa doveva rinascere sotto nuovi auspici e come piattaforma di discussione.
- Nel campo del sociale e della sanità vanno sfruttate le straordinarie possibilità del mondo cooperativistico altoatesino, che può garantire una vera sussidiarietà e un nuovo mix tra lavoro retribuito e impegno civile. Tuttavia, per realizzare del valore aggiunto, evitare l'effetto "peso morto" e la concorrenza emarginante sono necessari un controllo indipendente e legato a chiari criteri qualitativi e reti di fornitori. Tutte le strutture del settore sociale e sanitario devono fornire un rapporto annuale sulla base di criteri da definire.
- Garantire alloggi a prezzi accessibili dovrebbe essere ancorato come principio fondamentale. Vanno inoltre valutati strumenti quali il divieto di speculazione, la tassazione sulle case vuote e sulle documentazioni false, gli incentivi edilizi a progetto, e, in particolare, i modelli abitativi cooperativi.
- Per garantire alloggi a prezzi accessibili nelle aree urbane è necessario introdurre cooperative edilizie di proprietà indivisa. Le cooperative edilizie di questo tipo consentono un mescolamento sociale nelle città, conservano uno spazio abitativo finanziabile e, come dimostrano numerosi studi tedeschi, garantiscono lo sviluppo sociale delle città.
- È possibile creare i presupposti per una vita indipendente in età avanzata secondo il "modello Bielefeld" o secondo l'approccio di Monaco "vivere nel quartiere" solo basandosi sulla comunità. Si tratta dell'assenza di barriere nello spazio abitativo e nell'ambiente circostante, di abitazioni cooperative, di



servizi per la collettività vicini alla casa e riferiti alle persone, di integrazione sociale e culturale, di servizi di prossimità, di postazioni per la cura di cura ed eventualmente di abitazioni di cura (queste certamente paragonabili al modello di Vipiteno). Questi approcci sono basati su una buona interazione tra il personale occupato e quello volontario così come con i familiari che forniscono assistenza, ed essi sono organizzati in rete e nello spazio sociale nonché ancorati alla quotidianità.

- Un'altra risposta alle sfide di una società che invecchia è quella di mettere in relazione le banche del tempo (l'Alto Adige ne ha già 17) con le cooperative degli anziani. Contrariamente al volontariato tradizionale, i sistemi basati sul tempo creano nuove forme di reciprocità e i soggetti coinvolti e ispirati all'impegno civile si occupano di qualcosa che è al contempo personale e comune. Esistono esperienze pluriennali ed elaborate anche per questo approccio.
- La questione dell'integrazione socioculturale, in particolare di quella socioeconomica degli immigrati deve divenire un tema sociopolitico centrale. Le forme di economia sociale in cui l'apprendimento professionale e sociale sono collegati all'integrazione al lavoro sono particolarmente adeguate proprio per tali approcci.
- Gli spazi di Co-Working andrebbero incoraggiati in quanto possibilità di sviluppare di posti di lavoro innovativi. Nei comuni andrebbero incoraggiate le possibilità di lavoro autonomo (ad esempio orti comuni, bar in cui si effettuano riparazioni, banche del tempo ecc.), del mutuo aiuto (soprattutto nel contesto intergenerazionale), degli utilizzi condivisi e della Share Economy.